



Antrag

der Fraktion der F.D.P.

Stärkung und Stabilisierung des Wirtschaftsstandortes, des Arbeitsmarktes und der Sozialen Sicherungssysteme durch ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger in Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, zur 09. Tagung einen Bericht über den Beitrag ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger zur Stärkung und Stabilisierung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein, des schleswig-holsteinischen Ausbildungs- und Arbeitsmarktes sowie der Sozialen Sicherungssysteme zu geben.

Hierbei sollen u.a. folgende Aspekte Berücksichtigung finden:

- Anteil an der Bruttowertschöpfung des Landes von Unternehmen, die von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern geführt werden sowie von freiberuflich Tätigen wie z.B. Ärzten, Zahnärzten und Veterinärmedizinern, Rechtsanwälten und Notaren, Künstlern, Ingenieuren und Architekten etc.)
- Hierdurch geschaffene und gesicherte Ausbildungs- und Arbeitsplätze
- Existenzgründungen durch ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger einschließlich der ausbildungs- und arbeitsmarktrelevanten Effekte
- Sicherstellung der Betriebsabläufe im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe durch Beschäftigung ausländischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich der ausbildungs- und arbeitsmarktrelevanten Effekte
- Sicherstellung von Dienstleistungen – insbesondere im Pflege- und Gesundheitsbereich – durch Beschäftigung ausländischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich der ausbildungs- und arbeitsmarktrelevanten Effekte

- Anteil ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am wissenschaftlichen Personal der Hochschulen und Fachhochschulen des Landes sowie ihr Beitrag zur Sicherung und Weiterentwicklung des Forschungsstandortes Schleswig-Holstein
- Beitrag ausländischer Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu den umlagefinanzierten Sozialversicherungssystemen
- Anteil ausländischer Firmen an den Direktinvestitionen in Schleswig-Holstein einschließlich der hiermit verbundenen ausbildungs- und arbeitsmarktrelevanten Effekte

Dr. Heiner Garg
und Fraktion